

Offener Brief
08.01.2026

Landesfrauenrat Hamburg e.V. · Grindelallee 43 · 20146 Hamburg

Senatorin Katharina Fegebank
Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Umwelt, Klima, Energie und
Agrarwirtschaft
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

Landesfrauenrat Hamburg e.V.
Grindelallee 43 (Sauerberghof)
20146 Hamburg
T: 040 · 4 22 60 70
F: 040 · 4 22 60 80
landesfrauenrat@onlinehome.de
www.landesfrauenrat-hamburg.de

Bankverbindung:
Sparda Bank Hamburg eG
Konto 455322 · BLZ 206 905 00

Mangelhafter Winterdienst in Hamburg gefährdet Fuß- und Radverkehr

Sehr geehrte Frau Senatorin,

die Räumung von Schnee- und Eisglätte auf Hamburgs Geh- und Radwegen hat sich in diesem Winter nicht verbessert – im Gegenteil: Sie ist spürbar schlechter geworden. Dies betrifft insbesondere anliegerfreie Gehwege, etwa an Parks, Kitas und Spielplätzen, sowie zahlreiche Gehwege vor Wohn- und Geschäftsgebäuden, die trotz Kampagnen und Appellen nicht geräumt wurden.

Diese Situation ist nicht nur ärgerlich, sondern gefährlich. Studien zeigen eindeutig: Zu Fuß Gehende und Radfahrende verletzen sich bei Stürzen auf Schnee und Glatteis häufiger und schwerer als Autofahrende auf verschneiten Fahrbahnen. Besonders betroffen sind Frauen*, da sie überdurchschnittlich häufig kombinierte Wege zu Fuß, mit dem Fahrrad und dem ÖPNV zurücklegen – etwa durch die Verbindung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Care-Arbeit.

Die Verkehrsbehörde verweist darauf, dass der Winterdienst gesetzlich vorrangig der Funktionsfähigkeit des ÖPNV sowie der Erreichbarkeit öffentlicher Einrichtungen dient. In der Praxis greift diese Priorisierung jedoch zu kurz. Neben- und Wohnstraßen werden als „nicht verkehrswichtig“ eingestuft – für die Menschen, die dort leben, ist das realitätsfern. Wer zu Fuß, mit dem Rad oder mit Gehhilfen unterwegs ist, ist gerade hier auf sichere Wege angewiesen, auch um den ÖPNV überhaupt erreichen zu können.

Besonders gravierend ist die Lage für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen: Wer auf Rollstuhl, Rollator oder Gehhilfen angewiesen ist, kann bei Schnee und Glätte oft das Haus nicht verlassen. Diese Menschen werden faktisch vom öffentlichen Leben ausgeschlossen.

Als Begründung wird regelmäßig angeführt, dass der Einsatz von Steuermitteln begrenzt erfolgen müsse. Dem stimmen wir ausdrücklich zu. Doch der überwiegende Teil der Hamburger Bevölkerung bewegt sich zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem ÖPNV fort – und zahlt ebenso Steuern wie Autofahrende. Derzeit besteht jedoch eine deutliche Schieflage zwischen der tatsächlichen Mobilität der Menschen und der Priorisierung im Winterdienst, die den Autoverkehr klar bevorzugt.

Ein Umdenken wäre nicht nur gerecht, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll: Eine priorisierte Räumung von Geh- und Radwegen verhindert Verletzungen, reduziert Kosten im Gesundheits- und Justizsystem, vermeidet Arbeitsausfälle und stärkt die Teilhabe am öffentlichen Leben. Darüber hinaus hätte Hamburg die Chance, mit einem zeitgemäßen Winterdienstkonzept ein **Vorbild für eine nachhaltige, inklusive und gerechte Mobilitätswende zu werden.**

Die aktuellen gesetzlichen Vorgaben – insbesondere im Hamburger Wegegesetz – werden den heutigen Anforderungen an Mobilität nicht mehr gerecht. Wir fordern Sie daher nachdrücklich auf, die Priorisierung der Schnee- und Eisräumung neu zu bewerten und nach nachhaltigen, inklusiven und geschlechtergerechten Kriterien auszurichten sowie die gesetzlichen Grundlagen entsprechend zu reformieren.

Hamburg braucht einen Winterdienst, der alle Menschen schützt – nicht nur diejenigen im Auto.



Angelika Ohse
Geschäftsführende Vorständin